

**Niederschrift über die 6./15 Sitzung des Kreistages am Mittwoch, dem 30.09.2015, ab 17:00 Uhr in der Aula der Sekundarschule "Carl von Clausewitz" - Europaschule - in Burg, Straße der Einheit 35 a**

---

**Anwesenheit der Mitglieder des Kreistages**

Vorsitzende/r

Herr Matthias Fickel

Erster stellvertretender Kreistagsvorsitzender

Herr Helmut Halupka

Zweiter stellvertretender Kreistagsvorsitzender

Herr Michael Bremer

Landrat

Herr Dr. Steffen Burchhardt

CDU-Fraktion

Herr Dr. Volker Bauer

Herr Andreas Buchheister

Herr Hartmut Dehne

Herr Dr. Matthias Greulich

Herr André Gröpler

bis 19:25 Uhr

Herr Marco Klapper

Herr Wolfgang März

bis 17:24 Uhr

Herr Frank-Michael Ruth

Herr Gerry Weber

Fraktion FDP/WG/FW

Herr Klaus Bock

Herr Harald Bothe

Herr Andreas Dertz

Herr Andreas Fischer

Herr Frank Krehan

Herr Wilmut Pflaumbaum

Herr Dr. Peter Randel

Herr Sören Rawolle

SPD-Fraktion

Herr Kay Gericke  
Frau Dr. Mechthild Kaatz  
Herr Torsten Kahlo  
Herr Dr. Michael Krause  
Herr Horst Leiste  
Herr Otto Voigt

Fraktion DIE LINKE

Frau Kerstin Auerbach  
Herr Wolfgang Bernicke  
Frau Barbara Bester  
Frau Gabriele Herrmann  
Herr Mario Langer

Fraktion Grüne/Wähler-Endert

Herr Frank Endert  
Herr Dr. Christoph Kaatz  
Herr Lutz Nitz

von der Verwaltung

Herr Bernhard Braun	Vorstandsmitglied I
Herr Bernd Girke	Vorstandsmitglied II
Frau Claudia Hopf-Koßmann	Büro des Landrates/Pressestelle
Frau Angela Sürig	FB 1
Herr Dr. Ralph Focke	FB 5
Frau Yvonne Pilz	14
Herr Kurt Nupnau	30
Herr Christian Heinrich	30
Herr Henry Liebe	SKB
Frau Cornelia Weise	GLM
Frau Bärbel Finzelberg	Protokollführerin
Frau Janine Truetsch	Kreistagsbüro
Herr Dirk Zelmanski	Tontechnik

**es fehlen:**

CDU-Fraktion

Herr Egon Buchmann	entschuldigt
Herr Markus Kurze MdL	entschuldigt
Herr Gerd Mangelsdorf	entschuldigt
Herr Dr. Peter Sanftenberg	entschuldigt

Fraktion FDP/WG/FW

Herr Bernd Köppen	entschuldigt
-------------------	--------------

SPD-Fraktion

Herr Jörg Rehbaum entschuldigt

Fraktion DIE LINKE

Frau Lisa Wolf entschuldigt

Fraktion Grüne/Wähler-Endert

Herr Mike Kissel entschuldigt

**Tagesordnung:  
Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Feststellung der Niederschriften der Kreistagssitzungen vom 17.06.2015, 08.07.2015 und 11.08.2015
5. Aufwandsentschädigungssatzung im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes 01/84/15 -2. Fassung
6. 3. Änderung der Entgeltordnung von schulischen Einrichtungen und Sportstätten zu außerschulischen Zwecken 01/90/15 -2. Fassung
7. Sozialplanung für den Landkreis Jerichower Land ab 2016 01/91/15
8. Jahresabschluss der NJL mbH für 2014 01/92/15
9. Entlastung des Aufsichtsrates der NJL mbH für 2014 01/93/15
10. Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Jerichower Land für das Geschäftsjahr 2014 01/94/15
11. Außerplanmäßiger Aufwand zur Nachsorge der Grünschnitterfassung 01/102/15
12. Überplanmäßiger Aufwand für Flüchtlinge und Asylbewerber 01/98/15
13. Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern
14. Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen
15. Anfragen und Anregungen
16. Schließung des öffentlichen Teils
- 19.1. Bericht des Landrates über wichtige Eilentscheidungen
20. Beantwortung von Anfragen der Kreistagsmitglieder
21. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
22. Schließung der Sitzung

## Öffentlicher Teil

### TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit

---

**Der Vorsitzende des Kreistages** eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt die Kreistagsmitglieder und Gäste.

Er erinnert an die ersten freien Wahlen in der DDR vor 25 Jahren und an die mutigen Menschen, die in dieser bewegten Zeit Verantwortung übernommen haben.

**Der Landrat** würdigt die 25-jährige Mitgliedschaft im Kreistag von **Herrn Dr. Michael Krause**, der den Kreistagen Burg und Jerichower Land seit 1990 ununterbrochen angehört sowie das 25-jährige Wirken von **Frau Dr. Mechthild Kaatz**, die von 1990 bis 2007 dem Kreistag Zerbst und Anhalt-Zerbst angehörte und seit 2007 Mitglied des Kreistages Jerichower Land ist. Gemeinsam mit dem **Vorsitzenden des Kreistages** überreicht er eine Ehrenurkunde und ein Präsent.

**Der Landrat** und der **Vorsitzende des Kreistages** würdigen die 25-jährige Mitgliedschaft von **Herrn Wolfgang März**, der später an der Sitzung teilnimmt, im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 19.2.

**Der Vorsitzende des Kreistages** verweist darauf, dass die Einladung mit der Tagesordnung für die 42 Kreistagsmitglieder und den Landrat am 17. September 2015 zur Post gegeben bzw. per E-Mail versendet wurden. Er stellt damit die ordnungsgemäße Einberufung fest.

8 Mitglieder des Kreistages haben sich zur Sitzung entschuldigt. Zwei Kreistagsmitglieder fehlen (im Verlaufe der Sitzung ein Kreistagsmitglied). Er stellt bei einer Teilnahme von 32 (im Verlaufe der Sitzung 33) Mitgliedern des Kreistages und des Landrates die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

### TOP 2

Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

---

**Der Vorsitzende des Kreistages** verweist auf die nachgereichte Beschlussvorlage 01/106/15 Personalangelegenheit - Verbeamtung auf Lebenszeit. Er schlägt vor, sie als Punkt 19.1 in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Punkt Bericht des Landrates wird zum Punkt 19.2.

**Der Vorsitzende des Kreistages** stellt fest, dass es keine weiteren Änderungsanträge gibt.

Der Kreistag stimmt der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

### TOP 3

#### Einwohnerfragestunde

---

**Der Vorsitzende des Kreistages** stellt fest, dass eine Einwohneranfrage von Herrn Unger aus Möckern vorliegt und dass Herr Unger anwesend ist.

**Herr Girke** antwortet auf die Einwohneranfrage (Anlage 1) und auf Nachfragen von Herrn Unger.

**Der Vorsitzende des Kreistages** stellt fest, dass keine weiteren Einwohneranfragen vorliegen und schließt die Einwohnerfragestunde.

### TOP 4

#### Feststellung der Niederschriften der Kreistagssitzungen vom 17.06.2015, 08.07.2015 und 11.08.2015

---

**Der Vorsitzende des Kreistages** stellt fest, dass gegen die Niederschriften keine Einwendungen nach der Geschäftsordnung vorliegen. Die Niederschriften gelten damit als festgestellt.

### TOP 5

**01/84/15 -2. Fassung**

#### Aufwandsentschädigungssatzung im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes

---

**Herr Girke** verweist auf die Hinweise aus dem Kreisausschuss, die zur Vorlage in 2. Fassung geführt haben.

**Der Vorsitzende des Kreistages** stellt fest, dass zur Beschlussvorlage niemand mehr das Wort wünscht.

**Der Kreistag beschließt einstimmig die Neufassung der Satzung des Landkreises Jerichower Land über Aufwandsentschädigung und Auslagenersatz für ehrenamtlich tätige Kreiseinwohner im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes (Aufwandsentschädigungssatzung).**

### TOP 6

**01/90/15 -2. Fassung**

#### 3. Änderung der Entgeltordnung von schulischen Einrichtungen und Sportstätten zu außerschulischen Zwecken

---

**Der Vorsitzende des Kreistages** stellt fest, dass zur Beschlussvorlage niemand das Wort wünscht.

**Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen die 3. Änderung der Entgeltordnung für schulische Einrichtungen und Sportstätten des Landkreises Jerichower Land.**

**TOP 7**

01/91/15

Sozialplanung für den Landkreis Jerichower Land ab 2016

---

**Der Vorsitzende des Kreistages** stellt fest, dass zur Beschlussvorlage niemand das Wort wünscht.

**Der Kreistag beschließt einstimmig gemäß Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Familienförderung des Landes Sachsen-Anhalt und zur Neuordnung der Förderung sozialer Beratungsangebote (FamBeFöG LSA) die beigefügte Sozialplanung für den Landkreis Jerichower Land unter Berücksichtigung Integrierter psychosozialer Beratung ab 2016.**

**TOP 8**

01/92/15

Jahresabschluss der NJL mbH für 2014

---

**Der Vorsitzende des Kreistages** stellt fest, dass zur Beschlussvorlage niemand das Wort wünscht.

**Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung, der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2014 in Höhe von 165.457 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.**

**TOP 9**

01/93/15

Entlastung des Aufsichtsrates der NJL mbH für 2014

---

**Der Vorsitzende des Kreistages** stellt fest, dass die Kreistagsmitglieder Herr Voigt, Herr Bothe, Herr Leiste, Frau Bester, Herr Nitz und Herr Krehan nicht an der Beratung und Abstimmung zur Vorlage mitwirken und in den Besucherreihen Platz nehmen. Er stellt weiterhin fest, dass zur Beschlussvorlage niemand das Wort wünscht.

**Der Kreistag stimmt mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung der Entlastung des Aufsichtsrates der Nahverkehrsgesellschaft Jerichower Land mbH für das Geschäftsjahr 2014 zu.**

**TOP 10**

01/94/15

Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Jerichower Land für das Geschäftsjahr 2014

---

**Der Vorsitzende des Kreistages** stellt fest, dass der Landrat und die Kreistagsmitglieder Herr Bock und Herr Bremer nicht an der Beratung und Abstimmung zur Vorlage mitwirken und in den Besucherreihen Platz nehmen. Er stellt weiterhin fest, dass zur Vorlage niemand das Wort wünscht.

**Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 3 Stimmenthaltungen, dem Verwaltungsrat der Sparkasse Jerichower Land wird gemäß §§ 6 Abs. 2 Nr. 5, 26 Abs. 5 Sparkassen-gesetz Land Sachsen-Anhalt für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung erteilt.**

Außerplanmäßiger Aufwand zur Nachsorge der Grünschnitterfassung

---

**Herr Dr. Bauer** stellt folgende Fragen:

- Warum bezieht sich die Beschlussvorlage nur auf die Entsorgung im September?
- Sind die 270.000 Euro nicht eine Größenordnung, die die Ausschreibungspflicht beinhaltet?
- Wer soll in Zukunft die 20 Plätze entsorgen und wann wird die Entsorgung dieser 20 Plätze ausgeschrieben?
- Sollen die Kosten für die Entsorgung ab Oktober auch aus dem Kreishaushalt getragen werden?

Er erklärt, dass er die Beschlussvorlage für falsch halte und auch das unlogische Hin und Her der Verwaltung nicht mehr nachvollziehen könne. Er lehne deshalb die Beschlussvorlage ab.

**Herr Dehne** beantragt namens der CDU-Fraktion nach der Aussprache und vor der Abstimmung eine 5-minütige Auszeit, weil der Sachverhalt aufgrund der verspäteten Vorlage nicht in den Fraktionen beraten werden konnte.

**Der Vorsitzende des Kreistages** stellt fest, dass es hiergegen keine Einwände gibt.

**Herr Dr. Krause** macht deutlich, dass er die Zahlung über den Kreishaushalt für die einzig rechtssichere Möglichkeit hält.

**Herr Bernicke** erklärt, dass sich die Fraktion DIE LINKE den Ausführungen von Herrn Dr. Bauer anschließe. Der Gebührenhaushalt 2015 sei mit dem Haushalt 2015 beschlossen. Wenn die eingestellten Gebühren nicht ausreichen, müsse nach dem Kommunalabgabengesetz im nächsten oder in den kommenden drei Jahren der Ausgleich über eine Neukalkulation der Gebühren hergestellt werden. Er sehe keine Veranlassung, über einen außerplanmäßigen Aufwand von 270.000 Euro zu reden, sondern darüber, wie es zu diesem angeblichen Mehraufwand gekommen sei. Die Fraktion DIE LINKE lehne den außerplanmäßigen Aufwand ab.

**Herr Dr. Kaatz** bringt seine Besorgnis zum Ausdruck, dass die Schließung der Grünschnittplätze vermehrt zum Fällen von Laub- und Obstbäumen und Hecken führt. Die Kommunen sollten ermutigt werden, in Eigeninitiative diese Plätze so auszurichten, dass die Leute dort ihren Grünschnitt hinbringen können.

Zu den Fragen von **Herrn Dr. Bauer** antwortet der **Landrat**, dass intern Fragen aufgeworfen wurden, deren Prüfung ergab, dass es bei den Grünschnittplätzen zu Beanstandungen führen könnte. Das allein sei ihm nicht genug gewesen für das Auslösen von Maßnahmen. Deshalb habe man sich auch an eine externe Beratung gewendet. Diesem Gutachten könne man den Hinweis entnehmen, dass starke rechtliche Bedenken dahingehend existieren, dass die Plätze unkontrolliert seien und damit nicht ausgeschlossen werden könne, dass dem Bürger hier Gebühren in Rechnung gestellt werden, die er selbst nicht verursacht habe. Aus dem Gutachten gehe auch hervor, dass dieser Zustand schnellstmöglich abzustellen sei. Natürlich müsse dem Bürger eine Alternative eingeräumt werden, bevor diese Plätze geschlossen werden. Im Hinblick auf die Bereinigung sei es zur Fristsetzung gekommen. Es stellte sich heraus, dass in der Kürze der Zeit und getrieben durch den medialen Gegenwind, der auch alle Fraktionen unter Druck setzte, keine Lösung zu finden war. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo zukünftig ord-

nungsgemäß über den Gebührenhaushalt die Entsorgung bezahlt werden könne. Das Problem sei das, was sich in der Zwischenzeit - seit dem Erkennen des Rechtsverstößes bis zur Schließung der Plätze und der anschließenden kontrollierten Abgabemöglichkeit - angesammelt habe. Damit beziehe er sich nicht nur auf den Monat September, sondern auf das, was schon auf den Plätzen liegt. Das konnte nicht kontrolliert werden und man wisse nicht, woher es stamme. Aus diesem Grunde brauche man eine andere Finanzierungsquelle - man dürfe das nicht über den Gebührenhaushalt finanzieren.

Zum Vertrag mit der AJL erklärt der Landrat, dass sich herausgestellt habe, dass die Grünschnittentsorgung nachträglich dem allgemeinen Abfallentsorgungsvertrag zugerechnet wurde und damit auch eine Laufzeit bis 2017 existiert. Dieser Vertrag wurde vom Kreistag im Laufe dieses Jahres gekündigt. Die Grünschnittplätze werden von der AJL auch weiterhin entsorgt. Um eine Kostenkontrolle zu bekommen, wurde veranlasst, dass die Plätze derzeit nicht unkontrolliert abgefahren werden, sondern erst eine Meldung beim Landkreis erfolgt, wenn ein Platz übermäßig voll ist und im Rahmen einer SOG-Maßnahme der Platz kostenpflichtig für den Gebührenzahler beräumt werden soll. Es ist ein Wertumfang, der im Ermessen des Landrates liege. Bei der Beschlussvorlage hingegen gehe man von einem geschätzten Umfang für die Entsorgung des Grünschnittes aus, der jetzt noch auf allen frei zugänglichen Plätzen liegt. Und diesen könne und werde er so lange nicht entsorgen, bis eine rechtsgültige Finanzierung vorliegt. Die zur Deckung ausgewiesenen Positionen im Haushalt, seien noch frei verfügbar. Niemand müsse sich den Vorwurf gefallen lassen, es würden wichtige Projekte wegen der Beräumung des Grünschnittes auf der Strecke bleiben.

**Herr Dr. Bauer** dankt dem Landrat für seine Antworten. Nach wie vor könne er nicht verstehen, warum die Entsorgung nicht aus dem Gebührenhaushalt bezahlt werde, wenn die Grünschnittplätze widerrechtlich waren und die Ablagerung dort widerrechtlich erfolgte.

**Der Landrat** macht auf den Unterschied aufmerksam, wenn in der freien Natur illegal Abfall entsorgt werde - dann sei der Landkreis in der Pflicht. Dies schließe aber nicht die Situation ein, wo der Landkreis oder eine Gemeinde dem Bürger eine Abgabemöglichkeit angeboten habe. Das könne nicht als illegale Ablage deklariert werden.

**Herr Fischer** erklärt, ihm fehle die rechtliche Grundlage für eine solche Verfahrensweise. Er äußert Bedenken zu der im Gutachten genannten Behauptung, dass alle 102 Grünschnittplätze rechtswidrig seien. Er warnt vor Aktionismus, wenn Kreistag und Verwaltung - auch von der bevorstehenden Ausschreibung getrieben - sich unter Zeitdruck setzen. Eine Einzäunung, Wissen, was auf die Plätze aufgebracht wird - und alles hätte so bleiben können. Nur was abgelaufen sei, hätte ausgeschrieben werden müssen.

**Herr März** wirft dem Landrat vor, ohne Not durch mögliche Rechtsverstöße Chaos verursacht zu haben. Nachdem solche Massen an Grünschnitt angefallen seien, versuche man, das jetzt zu regulieren. Ihn befremde auch der Umgang mit der AJL. Er habe Bedenken, ob die Plätze aus ökologischen Gründen gegenwärtig noch beräumt werden können.

Der Kreistag tritt von 17:45 Uhr bis 17:55 Uhr in eine Pause für die Beratung der Fraktionen.

**Der Landrat** weist die Vorwürfe von Herrn März zurück. Er macht deutlich, dass zum Thema Grünschnitt viel zu viel Zeit verwendet wurde im Verhältnis zu den aktuell zu bewältigenden Problemen - auch was die mediale Präsenz anbelangt. Er zieht die Beschlussvorlage zurück. Die Grünschnittplätze werden bis zur Herbeiführung einer abschließenden Klärung zunächst

nur im Rahmen SOG beräumt. Er habe die Kommunalaufsicht gebeten, sich dieses Themas anzunehmen und werde zu gegebener Zeit erneut auf die Kreistagsmitglieder zukommen.

Auf die Frage von **Herrn Endert**, ob damit nun die Plätze geöffnet oder geschlossen seien, antwortet der **Landrat**, dass die 20 Plätze so schnell wie möglich eingerichtet werden. Alles, was dort abgegeben wird, werde auch entsorgt. Die sonstigen Plätze werden abgesperrt und nur im Rahmen einer Gefahrenlage beräumt.

**Der Vorsitzende des Kreistages** gibt für die Punkte 12 und 13 die Sitzungsleitung an den Ersten stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden ab.

## TOP 12

01/98/15

### Überplanmäßiger Aufwand für Flüchtlinge und Asylbewerber

---

**Herr Braun** bezieht sich auf seine Ausführungen vor dem Kreisausschuss. Die nochmalige Berechnung führte zu dem Ergebnis, dass nach derzeitigem Stand die Zahlen ausreichen. Hintergrund der finanziellen Auswirkungen sei, dass ein Teil der Asylbewerber ein Bleiberecht erhalten und finanziell nicht mehr dem Asylbewerberleistungsgesetz unterliegen werde. Sie fallen dann in die normale Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch II und sind Kunden des Jobcenters. Der Haushalt sollte jetzt nicht über Gebühr belastet werden. Sollten die Mittel wider Erwarten nicht ausreichen, könnte in einem der nächsten Kreistage über weiteren überplanmäßigen Aufwand beschlossen werden.

**Herr Braun** informiert über vorgesehene Änderungen im Asyl- und Ausländerrecht. Dabei gehe es auch um die Frage, den Vorrang von Geld- vor Sachleistungen zu ändern. Dies solle aber zunächst gründlich geprüft werden.

**Herr Fickel** nennt namens der CDU-Fraktion folgende Schwerpunkte und Forderungen:

- Sach- und Geldleistungen sollten zumindest gleichgestellt werden, in den Gemeinschaftsunterkünften sollten Sachleistungen Vorrang haben;
- Hinsichtlich der noch vorzustellenden Liste der Unterbringungsmöglichkeiten könne die für morgen vorgesehene Pressekonferenz des Landrates mit den Bürgermeistern nur der erste Schritt sein. Der Landrat sollte in allen Einheitsgemeinden Informationsveranstaltungen anbieten und sich den Fragen der Bürger stellen.
- Nachzudenken sei über die Einrichtung einer Hotline, an die sich Bürger, Organisationen und Vereine mit ihren Initiativen und Hilfsangeboten wenden können;
- Wenn die Verfahren jetzt verkürzt werden, sollte die Überführung an die ARGE und die Nutzung des freien Wohnungsmarktes konsequent durch die Verwaltung umgesetzt werden.

Er stellt folgende Fragen:

- Wie hoch ist die Anzahl der Asylsuchenden mit Duldung und wie viele davon haben einen Ein-Euro-Job oder ein Arbeitsverhältnis. Er nennt die Möglichkeit der Arbeit in den Bauhöfen der Kommunen.
- Wie viele Rückführungen bei nicht bestätigtem Asylantrag nehme der Landkreis vor und wie viele Verfahren stehen noch an?
- Kommen noch Asylsuchende aus sicheren Drittstaaten in den Landkreis?
- Gab es Gespräche mit den Kirchen zur Beteiligung an der Unterbringung beispielsweise in leerstehenden Pfarrhäusern und Gemeindezentren?
- Wie viel Geld pro Asylbewerber kommt im Landkreis an, wie groß ist die Deckungslücke und aus welchen Stellen werden die fehlenden Mittel gegenwärtig beglichen?

**Der Landrat** dankt für die Anregungen. Die angesprochenen Bürgerversammlungen halte er für sehr wichtig. Die Medien seien zwar voll mit Informationen. Aber über die konkrete Situation im Landkreis müssen die Bürger rechtzeitig informiert werden. Er nennt als Hemmnisse für das frühzeitige Benennen von Objekten, dass erstens die Eigentümer darauf bestehen, dass vor dem Vertragsabschluss keinerlei Öffentlichkeit hergestellt werde und zweitens die Erfahrung, dass Spekulationen um ein Objekt nachteilige Effekte auf die Verhandlungen haben. Der Preis schnell in die Höhe und gegebenenfalls müsse Objektschutz verstärkt betrieben werden, weil nicht Jeder mit der Unterbringung einverstanden sei. Die Kommunikationsstrategie sollte darin bestehen, heute eine Linie zur zukünftigen Unterbringung zu vereinbaren. Vorhaben mit einer längeren Vertragslaufzeit und einem größeren Gesamtvolumen werden in jedem anstehenden Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt. Im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung erfolgt ein Überblick über nutzbare Objekte. Wenn ein Beschluss gefasst und der Vertrag unterzeichnet sei, würde er auf die Öffentlichkeit zu gehen und sich in Absprache mit den Bürgermeistern in Bürgerversammlungen den Fragen der Einwohner stellen, um Sorgen und Ängste zu mindern und zu nehmen.

Die Anregung, alle Ehrenämter und Organisationen zu bündeln und mitzunehmen, sei bereits angelaufen. Unter Anwesenheit auch von Kreistagsmitgliedern sei ein Runder Tisch ins Leben gerufen worden, bei dem das DRK, das Corneliuswerk, viele Sozialträger und auch Vertreter aller Kirchen dabei waren. Die Gespräche am Runden Tisch seien motivierend gewesen, weil viele an einem Tisch saßen, die bereit seien, zu helfen. Vereinbart worden sei, alle Kompetenzen zusammenzutragen und eine Plattform zu schaffen, an die man sich wenden könne. Diese Informationen werden über die Medien öffentlich gemacht und sollen auch ein Aufruf zur weiteren Unterstützung sein.

Auf die Frage nach Asylsuchenden aus sicheren Drittstaaten antwortet der **Landrat**, dass dem Landkreis weiterhin uneingeschränkt alle Personenkreise zugewiesen werden. Das Land sei für die angestrebte und in Aussicht gestellte Trennung noch nicht handlungsfähig. Zur Frage nach dem Geld antwortet der Landrat, dass 8.600 Euro pro Person und Jahr bezahlt werden. Das Land habe den Landkreisen eine vorgezogene Abschlagszahlung zugesichert. Bisher gebe es keine darüber hinausgehende Zusage. Forderungen des Deutschen Landkreistages und des Landkreistages Sachsen-Anhalt nach der Schaffung einer Bemessungsgrundlage gestalten sich schwierig. Erst im Nachhinein könne der Aufwand beziffert und der vom Land gezahlten Summe gegenüber gestellt werden.

Der Appell, nur berechtigte Personen in den Wohnungen unterzubringen, sei angekommen. Derzeit handele es sich hier aber nur um eine geringe Anzahl zwischen 50 und 100 Personen. Hier sei man bemüht, einen geordneten Übergang hinzubekommen.

**Herr Girke** ergänzt, dass Abschiebungen das Land reguliere. Der Landkreis habe das nur umzusetzen. Er habe Kenntnis von 15 geplanten Rückführungen in diesem Jahr. Ob die Abschiebungen gelingen, werde sich zeigen. Die Frage nach den Asylbewerbern, die arbeiten, könne nur die ARGE beantworten.

**Herr Gericke** macht am Beispiel der Gemeinde Biederitz auf die Probleme aufmerksam, wenn bei zugewiesenen 250 Personen nicht bekannt sei, ob Kinder dabei seien und welche Nationalität die Menschen besitzen. Die hierfür zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung haben ein großes Lob für die reibungslose Arbeit verdient. Bei der Frage nach den Ein-Euro-Jobs wünsche er sich Regelungen des Bundes für eine durchlässige Förderungsmöglichkeit. Wenn Asylbewerber in Parks und Grünanlagen mithelfen könnten, wäre die Akzeptanz in der Bevölkerung auch größer. Der Runde Tisch müsse sich entwickeln. Einwohnerversammlungen müssen mit den Bürgermeistern abgesehen werden. Er mahnt die enge Zusammenarbeit an.

Auf die Nachfrage von **Herrn Fickel** zur konkreteren Positionierung zu den Sachleistungen vor allem in den Gemeinschaftsunterkünften antwortet der **Landrat**, dass er sich dem, was rechtlich möglich ist, nicht verschließen. Er bittet um etwas Geduld. Der Landkreis habe gegenwärtig größere Herausforderungen. Das würde noch zusätzlich beschäftigen. Zum nächsten Kreistag

werde er informieren. Hinsichtlich der angesprochenen Gemeinschaftsunterkünfte darf es aber nicht zu Diskriminierungen führen. Das werde mit Augenmaß geprüft.

**Der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Kreistages** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

**Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung die überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für die Buchungsstellen 31300100.533906 - Hilfen zum Lebensunterhalt in Einrichtungen - von 1.194.100 Euro und 31300100.533910 - Krankenhilfe in Einrichtungen - von 300.000 Euro.**

## TOP 13

Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern

---

**Der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Kreistages** verweist auf die erhaltenen Informationen im vorhergehenden Tagesordnungspunkt und auf das vorgelegte Unterbringungskonzept. Die Liste zur Unterbringung und die Erläuterungen dazu erfolgen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Er stellt fest, dass zum Unterbringungskonzept niemand das Wort wünscht und dass **der Kreistag das „Unterbringungskonzept Asylbewerber Jerichower Land“ zur Kenntnis nimmt.** Hiergegen gibt es keine Einwände.

Die Sitzung wird wieder vom **Vorsitzenden des Kreistages** geleitet.

## TOP 14

Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen

---

**Der Landrat** berichtet darüber, dass er am 24.08.2015 eine haushaltswirtschaftliche Sperre nach § 27 GemHVO Doppik LSA verhängt habe. Der Zustrom der Flüchtlinge und Asylbewerber ziehe eine finanzielle Mehrbelastung nach sich. Alle Ausgaben werden geprüft. Es dürfen nur Aufwendungen und Auszahlungen geleistet werden, zu deren Leistung der Landkreis rechtlich unaufschiebbar verpflichtet ist und die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben sachlich und zeitlich unabweisbar sind.

## TOP 15

Anfragen und Anregungen

---

Auf die Frage von **Herrn Bernicke** nach der Einführung der papierlosen Ratsarbeit antwortet der **Landrat**, dass gegenwärtig die Software installiert und die Mitarbeiter der Verwaltung geschult werden. Sobald die Vorbereitung abgeschlossen sei, werde das Portal freigeschaltet. Anfang des nächsten Jahres müsse sich der Kreistag dazu verständigen, wie mit der Hardware umgegangen werden soll. Die Mittel werden für Mitte des nächsten Jahres eingeplant. Er hoffe auf eine zügige Einführung, aber Sorgfalt gehe vor Geschwindigkeit.

**Der Vorsitzende des Kreisstages** erinnert an die Anregung von **Herrn Bock** zu einer Protestresolution des Kreistages zur unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen. Der Kreistag habe heute erlebt, welche Probleme die Verwaltung massiv bewegen. Deshalb sei die An-

regung noch nicht weiter in der Verwaltung forciert worden. Sie soll aber weiter im Fokus bleiben. Er appelliert an alle Fraktionen, Zuarbeiten zu leisten, um gemeinsam mit der Verwaltung die Resolution zu erarbeiten.

**Der Landrat** verweist auf den Aufruf des Salzlandkreises, den er den Fraktionen zugänglich gemacht habe sowie auf sein Schreiben aus dem Vorjahr zu den kommunalen Finanzen. Daraus könnten Hinweise entnommen werden. Er möchte ungern dem Kreistag etwas in die Feder diktieren, denn die Resolution solle auch von den Kreistagsmitgliedern getragen werden. Die Verwaltung sei jederzeit bereit, Fragen zu beantworten und Zuarbeiten zu entrichten. Das Land müsse den Druck spüren, das FAG grundlegend zu reformieren.

**Der Vorsitzende des Kreistages** verweist auf den Entwurf des Sitzungskalenders 2016. Wer Änderungsvorschläge habe, solle diese bis Ende Oktober der Verwaltung mitteilen.

## TOP 16

Schließung des öffentlichen Teils

---

**Der Vorsitzende des Kreistages** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:43 Uhr und wünscht den Vertretern der Öffentlichkeit einen angenehmen Nachhauseweg.

## TOP 19.1

Bericht des Landrates über wichtige Eilentscheidungen

---

**Der Landrat** informiert über die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Für den Monat Oktober habe der Landkreis eine Prognose erhalten von 202 unterzubringenden Personen. Man gehe davon aus, dass im Jahr 2016 ca. 2.500 bis 3.000 Personen in den Landkreis kommen. Die Zahlen stimmen nachdenklich. Aber die Frage sei nicht, ob, sondern wo die Menschen untergebracht werden. Das müsse auch nach außen getragen werden.

Er habe heute mit dem Innenminister telefoniert, der ihn bat, Grüße an die Kreistagsmitglieder zu entrichten. Er warb für Unterstützung und um Verständnis. Ziel des Landes sei es, ca. 8.000 Erstaufnahmeplätze dezentral im Land zu schaffen. Die Information über den Standort Biederitz habe der Landkreis erst gestern erhalten. In der IBK sollen zunächst 250 Personen untergebracht werden. Es wurde betont, dass dies eine Unterbringungsmöglichkeit sei, um Spitzen abzufangen. Das treffe auch auf einen ehemaligen Einkaufsmarkt in Genthin zu. Das Land suche nach Notfallplänen. Als drittes Objekt im Landkreis solle gegebenenfalls für Zwischenunterbringungen der Truppenübungsplatz Altengrabow durch das Land verpflichtet werden. Das setze auch den Landkreis unter Druck und habe Einfluss auf die Art und Weise wie der Landkreis unterbringe. Der Kreistag habe das Eckpunktepapier zur Kenntnis genommen und gesehen, dass der Landkreis nicht in der Lage sein werde, 2.500 bis 3.000 einzelne Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen und zu verwalten. Präferiert werden größere Einheiten. Das bedeute aber nicht, dass grundsätzlich zentral untergebracht werde.

**Der Landrat** verweist auf die Ankündigung, dass die unbegleiteten Minderjährigen bereits zum 01.11.2015 auf die Landkreise verteilt werden. Dafür sind Plätze zu schaffen. Die Anforderungen für diese Gruppe und auch die Rechtsansprüche seien hier viel höher. Das werde das Ju-

gendamt in den nächsten Monaten stark beschäftigen. Hierzu bedürfe es auch der Unterstützung durch die Freien Träger.

Er habe den prognostizierten Bedarf vorgestellt. Das bedeute aber nicht, dass das die maximale vorzuhaltende Kapazität sei. Das hänge stark davon ab, wie schnell ein Bleibestatus erteilt werde, wie schnell gegebenenfalls auch Abschiebeverfahren vorgenommen werden können und wie die Personen sich am Ende verhalten. Tendenziell rechne er mit einer Zahl von 1.500 zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten als Minimum. Die große Herausforderung sei, wie man das schaffen kann. Man habe überall mit Vorbehalten zu kämpfen. Der Landkreis bekomme aber jeden Freitag einen Transfer und habe dafür Sorge zu tragen, dass die Personen menschenwürdig untergebracht werden. Deshalb müssten jetzt „die Pflöcke eingeschlagen werden“, um in den nächsten Monaten handlungsfähig zu sein. Nichts wäre schlimmer, als im Chaos zu versinken und die Personen dort unterzubringen, wo es die Bürger noch weiter beeinträchtigt, wie z. B. in Turnhallen. Deshalb sollten Unterbringungsmöglichkeiten erschlossen werden, die den Landkreis in die Lage versetzen, auch angemessen zu reagieren.

Aus den Abfragen bei den Gemeinden und dem öffentlichen Aufruf an die Privatwirtschaft sei eine Liste mit ca. 35 Objekten entstanden, die gegenwärtig geprüft werden. Um für den Monat Oktober handlungsfähig zu sein, wurden ein Wohnblock in Brettin und ein Wohnblock in Genthin vertraglich gebunden. Der Landrat lobt das Engagement der Stadträte und des Bürgermeisters von Genthin.

**Der Landrat** informiert detailliert über die Objektliste und die jeweiligen Bedingungen. Er macht deutlich, dass das Ergebnis ernüchternd sei. Benötigt werden kurzfristige Lösungen - und dafür ist „jeder Strohalm“ zu ergreifen - sowie Entscheidungen für künftige Unterbringungen. Das Ganze sei in der Zwischenzeit ein sehr spekulativer Markt geworden. Er bittet um Unterstützung des Kreistages, auch Neubauten ins Auge zu fassen. Um die Last sozialverträglich zu machen, schlägt er als Standort ein 7.000 m<sup>2</sup> großes Grundstück des Landkreises in Burg im Paddenpfehl vor. Die Nähe zur GU und die Akzeptanz in der Bevölkerung seien hier von Vorteil. Für die weiteren Bauten kämen insbesondere Gommern und Möckern in Betracht. Die Fa. Holzbau Schnoor habe heute in einem Gespräch Lösungen für schnelle Holzbauten vorgestellt, die hinterher auch für eine Nachnutzung im sozialen Wohnungsbau oder als Lehrlingsunterkünfte zur Verfügung stehen.

Er appelliert an die Kreistagsmitglieder, nach geeigneten Liegenschaften Ausschau zu halten. Der Landkreis sollte auch im Eigentum Verantwortung übernehmen, um Spekulationen aus dem Wege zu gehen und dies gemeinsam mit der heimischen Wirtschaft und nicht mit Investoren „von weit weg“. Der Landrat bittet um das Votum des Kreistages, bis zur Sitzung Anfang November eine Beschlussvorlage über den Bau einer Gemeinschaftsunterkunft in Burg vorlegen zu können mit einer avisierten Bauzeit von 3 bis 4 Monaten.

**Herr Dr. Krause** bezeichnet es als vordringliche Aufgabe, die anerkannten Asylbewerber aus den vom Landkreis bereitgestellten Wohnungen herauszubekommen. Dazu sei die Schaffung eines Wohnungspools erforderlich. Er unterstützt das Engagement des Landkreises für ein eigenes Objekt

**Herr Girke** betont, dass es einen solchen Wohnungspool, in dem alle angebotenen Wohnungen aufgenommen wurden, bereits gibt. Er werde regelmäßig mit dem Jobcenter abgestimmt. Gegenwärtig betreffe das ca. 70 Personen.

Er macht deutlich, dass es bei eigenen Objekten Ziel und Vorteil sei, speziell für diesen Zweck errichtete Gebäude zu haben, die jetzt den Bedingungen entsprechen und später nachgenutzt werden können.

**Herr Dr. Bauer** fragt nach der Anzahl der vorhandenen Wohnungen bzw. Plätze entsprechend der Objektliste, wie viele Plätze noch offen seien und ob es richtig sei, wenn man bei kürzer werdenden Asylverfahren noch immer mit 2.500 unterzubringenden Personen rechne.

**Der Landrat** antwortet, dass bei der Kalkulation von einem Anstieg ausgegangen werde. Von der Zast werden noch immer Personen geschickt, die nicht registriert sind und Anmeldetermine in Halberstadt im Januar bis März haben. Für viele Personen kann es 3 bis 6 Jahre lang dauern, bis der Status geklärt sei.

**Herr Girke** ergänzt, dass gegenwärtig eine Kapazität in der GU Burg von 300 Plätzen, in Wohnungen in Burg von 325 Plätzen und in Wohnungen in Genthin von 378 Plätzen bestehe. Diese Kapazität sei im Wesentlichen ausgeschöpft. Man gehe davon aus, dass 2015 noch 600 Unterbringungsplätze und für 2016 ca. 2.000 Unterbringungsplätze geschaffen werden müssen.

**Der Landrat** erklärt, dass er von der erläuterten Objektliste 800 bis 1.000 Unterbringungsplätze für realistisch halte.

**Herr März** unterstützt angesichts des Kosten-Nutzen-Effekts und der möglichen Nachnutzung den Vorschlag, in Holztafelbauweise auf dem Grundstück an der Neuen Kaserne zu bauen.

Auf die Frage von **Herrn Weber**, ob die Objektliste zugänglich wäre, antwortet **Herr Girke**, dass zunächst erst zwei Objekte gebunden seien, alle anderen befinden sich noch in der Verhandlung. Die Anbieter wünschen eine Verschwiegenheit. Deshalb sei die Liste auch im nichtöffentlichen Teil vorgestellt worden. Sie werde permanent aktualisiert und bei jedem Kreistag werde über den Stand informiert. Im Interesse aller Beteiligten solle es weiter so wie heute gehandhabt werden.

**Herr Gericke** erklärt, dass die SPD-Fraktion hinter dem Holzbauvorschlag stehe.

**Der Vorsitzende des Kreistages** stellt den Vorschlag des Landrates zur Abstimmung, Neubauten in Holzbauweise zu errichten und bis zum nächsten Kreistag Anfang November eine Beschlussvorlage über den Bau einer Gemeinschaftsunterkunft in Holzbauweise in Burg, An der Neuen Kaserne vorzulegen.

**Der Kreistag stimmt dem Vorschlag mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung zu.**

**Der Landrat** dankt den Kreistagsmitgliedern.

**Der Landrat** und der **Vorsitzende des Kreistages** würdigen die 25-jährige Mitgliedschaft von **Herrn Wolfgang März**.

**Der Vorsitzende des Kreistages** regt an, die Mitgliedschaft von Herrn Bock im Kreistag noch einmal zu prüfen.

**Der Vorsitzende des Kreistages** informiert über die Dienstaufsichtsbeschwerde von Herrn Oppermann:

Bereits im Juni dieses Jahres habe er den Kreistag über eine Dienstaufsichtsbeschwerde des Herrn Rüdiger Oppermann informiert. Der rügte, dass der Landrat oder ein anderer Bediensteter der Kreisverwaltung angeblich eine Anweisung gegenüber dem Jobcenter ausgesprochen habe, wonach bei der Anwendung der KdU-Richtlinie die höchstrichterliche Rechtsprechung des Bundessozialgerichts bei der Fallbearbeitung nicht zu berücksichtigen sei.

Die Dienstaufsichtsbeschwerde wurde daraufhin, nachdem der Kreistag entsprechend informiert wurde, als unbegründet zurückgewiesen, da interne Ermittlungen den Vorwurf des Beschwerdeführers nicht bestätigten. Sofern hierzu weitergehende Erläuterungen erwünscht seien, können diese eingesehen werden.

Mit erneutem Schreiben vom 06.07.2015 halte der Beschwerdeführer an seiner Dienstaufsichtsbeschwerde fest. Im Weiteren habe er unter dem 31.08.2015 beim Landkreis einen Antrag auf amtliche Informationen nach dem Informationszugangsgesetz Sachsen-Anhalt gestellt, der mit Bescheid vom 25.09.2015 als unbegründet abgewiesen wurde.

Nach nochmaliger Prüfung des Vorganges bleibe festzuhalten, dass ein Anlass zum dienstaufsichtlichen Einschreiten nicht bestehe.

Insbesondere war nicht erweislich, dass der Landrat oder Bedienstete des Landkreises rechtswidrige Weisungen gegenüber dem Jobcenter ausgesprochen haben.

Da sich vor diesem Hintergrund die Vorhaltungen des Beschwerdeführers als unzutreffend erweisen, beabsichtige er, dessen Dienstaufsichtsbeschwerde zurückzuweisen. Eine Kopie des Beschwerdeschreibens von Herrn Oppermann sowie die Antwort an ihn werden der Kreistagsniederschrift als Anlage beigefügt.

Er fragt, ob es zur vorgeschlagenen Verfahrensweise Reaktionen oder Widerspruch aus den Reihen der Kreistagsmitglieder gibt. Er stellt fest, dass dies nicht der Fall sei und werde entsprechend verfahren (**Anlage 2**).

**Der Vorsitzende des Kreistages** übergibt die Sitzungsleitung an **den Ersten stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden**.

## TOP 20

### Beantwortung von Anfragen der Kreistagsmitglieder

---

Auf die Frage von **Herrn Fickel** nach der Abschnittsführung im Bereich Nord antwortet **Herr Girke**, dass der dortige Abschnittsleiter lange krank gewesen sei und deshalb eingeschätzt habe, dass er den Dienst nicht fortführen könne. Gegenwärtig werde die endgültige Aufgabe der Funktion vorbereitet. Die Neuberufung sei für den Kreistag im Dezember vorgesehen.

**Der Erste stellvertretende Vorsitzende des Kreistages** stellt fest, dass keine weiteren Fragen vorliegen.

## TOP 21

Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

---

**Der Vorsitzende des Kreistages** stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und gibt als Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil bekannt:

Der Kreistag hat beschlossen, ein Grundstück in Schlagenthin zu veräußern.

Der Kreistag hat dem Beitritt zu einem außergerichtlichen Vergleich zugestimmt.

Der Kreistag hat einer Verbeamtung auf Lebenszeit zugestimmt.

Der Kreistag hat ein Votum zu Bauvorhaben der Kreisverwaltung im Zusammenhang mit Asylunterkünften abgegeben.

## TOP 22

Schließung der Sitzung

---

**Der Vorsitzende des Kreistages** schließt die Sitzung um 19:55 Uhr und wünscht allen einen guten Nachhauseweg.

Fickel  
Vorsitzender des Kreistages

Halupka  
Erster stellvertretender Vorsitzender  
des Kreistages (TOP 12, 13 und 20)

Finzelberg  
Protokollführerin